

Israel im Superwahljahr

ELNET Briefing vom 02.12.2019

Ein Jahr – zwei Parlamentswahlen

Die Ergebnisse der israelischen Knessetwahlen am 09. April deuteten auf einen klaren Sieg des amtierenden israelischen Premiers Benjamin Netanjahu hin. Der *Likud* erzielte die bislang besten Wahlergebnisse unter der Führung Netanjahus, die anderen Parteien des rechtskonservativen Flügels konnten ebenfalls Stimmengewinne für sich verzeichnen, sodass eine starke rechtskonservative Koalition gesichert schien. Doch es kam anders – Benjamin Netanjahu gelang es bis zum Ablauf der gesetzlich vorgesehenen Frist nicht, eine mehrheitsfähige Koalition auszuhandeln. Infolgedessen stimmte die gerade erst gewählte 21. Knesset am 29. Mai für ihre Auflösung und ebnete somit den Weg für Neuwahlen. **Gerade mal sechs Monate nach den letzten Knessetwahlen trat die israelische Bevölkerung am 17. September deshalb erneut an die Wahlurnen.**

Neuerordnungen auf dem politischen Spektrum

Als Konsequenz der Wahlen im April ergab sich im politisch rechten Spektrum ein **Zusammenschluss aus dem *Likud* und *Kulanu***, geführt vom amtierenden Finanzminister Moshe Kahlon. Die libertäre Partei *Zehut* unter dem einstigen *Likud* Mitglied Moshe Feiglin schloss ebenfalls ein Abkommen mit dem *Likud*.

Neu in der Parteienlandschaft ist das Bündnis ***Yamina* („nach rechts“)**, ein **Zusammenschluss der weit rechtsaußen angesiedelten *Union der rechten Parteien* sowie der *Neuen Rechten*** unter Führung der ehemaligen Justizministerin Ayelet Shaked sowie des ehemaligen Kultusministers Naftali Bennet. Nachdem die *Neue Rechte* den Einzug in die Knesset bei den Wahlen im April verpasst hatte, einigten sich Shaked und Bennet auf einen strategischen Zusammenschluss mit den oben genannten Parteien. Diese hatten ihnen bereits bei den Wahlen 2015 wichtige Ministerposten versprochen.

Der größte Herausforderer des *Likud* blieb auch bei dieser Wahl das im politischen Zentrum zu verordnende Bündnis *Blau-Weiß*. Dieses wird geführt von Spitzenkandidat Yair Lapid (*Yesh Atid*) und den ehemaligen IDF Stabschefs Benny Gantz und Moshe Ya'alon. Nach dem Rotationsprinzip von *Blau-Weiß* sollten im Falle eines Wahlsiegs sowohl Gantz als auch Lapid jeweils zwei Jahre lang den Posten des Premierministers bekleiden.

Nach den historisch schlechten Ergebnissen der Arbeiterpartei (*Awoda*) bei den Aprilwahlen wurde der ehemalige Verteidigungsminister Amir Peretz als neuer Parteivorsitzender gewählt. Er löst somit Avi Gabbay nach zweijähriger Amtszeit ab. Bei den Septemberwahlen trat die *Awoda* gemeinsam mit der von Orly Levy-Abekasis gegründeten Partei *Gescher* an.

Derweil verkündete der frühere israelische Premierminister der Arbeiterpartei, **Ehud Barak**, sein Comeback in die israelische Politik und gründete dazu Ende Juni seine eigene Partei, *Demokratisches Israel*. Kurz darauf **schloss er sich mit dem neuen Parteivorsitzenden von *Meretz*, Nitzan Horowitz, sowie dem ehemaligen Knesset Mitglied Stav Shaffir (*Awoda*) zu einer gemeinsamen Liste, *Demokratische Union*, zusammen.**

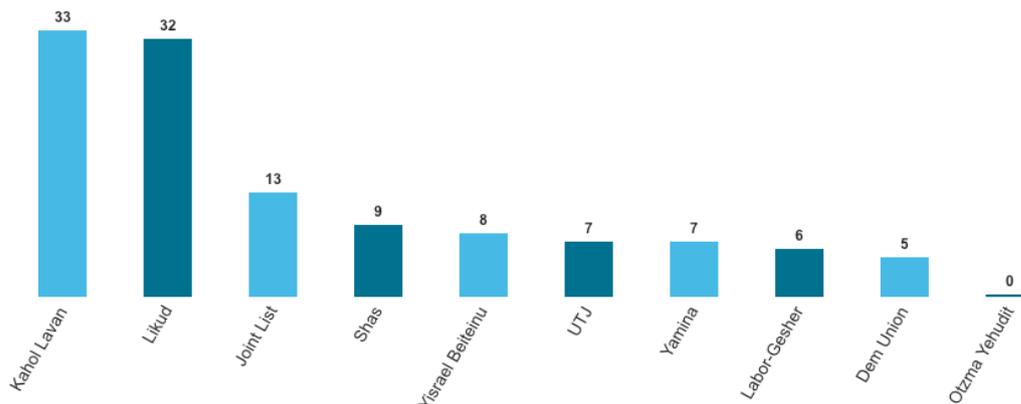
Die vier arabischen Parteien ***Hadash*, *Taal*, *Raam*, und *Balad* schlossen sich erstmals seit 2015 erneut zu einer gemeinsamen Liste zusammen.** Mit der Vereinigung erhoffte sich Spitzenkandidat Ayman Odeh, die Beteiligung der arabischen Bevölkerung Israels bei den Septemberwahlen zu stärken. Und tatsächlich: während bei der Wahl im April nur ca. 50% der arabischen Israelis ihre Stimme abgaben, lag die Wahlbeteiligung im September bei rund 60%.

Die Ergebnisse der Wahlen vom 17. September

Ähnlich wie im April lieferten sich die beiden größten Parteien *Likud* und *Blau-Weiß* auch bei den Knessetwahlen am 17. September ein knappes Kopf-an-Kopf Rennen. Anders jedoch als im Frühjahr, erlag der *Likud* erstmals mit nunmehr 32 Sitzen seinem Rivalen *Blau-Weiß* (33 Sitze). Auf dem dritten Platz landete die *Vereinte Arabische Liste* mit 13 Sitzen, gefolgt von *Shas* mit 9 Mandaten. Die Partei *Yisrael Beiteinu* unter Spitzenkandidat Avigdor Lieberman konnte ihr Ergebnis im Vergleich zur vorherigen Wahl um 3 Sitze steigern und holte nun insgesamt 8 Mandate. Das *Vereinigte Torah Judentum* ebenso wie die neu dazugekommene *Yamina* Partei erreichten 7 Sitze. Trotz des Zusammenschlusses mit *Gesher* holte die Arbeiterpartei bei der Septemberwahl erneut nur 6 Sitze und blieb damit bei ihrem historisch schlechten Ergebnis. Das Schlusslicht bildete Baraks neu gegründete Partei *Demokratische Union* mit 5 Sitzen.

Die nationalistischen und rechtskonservativen Parteien *Otzma Yehudit* und *Noam* schafften es dagegen nicht, in die Knesset einzuziehen. Im August hatte Israels Oberstes Gericht angeordnet, zwei hochrangige Mitglieder *Otzma Yehudits* wegen ihrer rassistischen Äußerungen gegenüber der arabischen Bevölkerung aus der Partei auszuschließen.

Die Ergebnisse der Parlamentswahlen am 17. September



Quelle: Haaretz (<https://www.haaretz.com/israel-news/elections>)

Israel erneut vor einer schwierigen Koalitionsbildung

Sowohl der *Likud* als auch *Blau-Weiß* hatten vor diesem Hintergrund wenig Chancen auf ein stabiles Regierungsbündnis und eine einfache Koalitionsbildung. **Weder das traditionell rechte Bündnis bestehend aus dem *Likud*, *Shas*, dem *Vereinigten Torah Judentum* und *Yamina*, noch der links-gerichtete Block geführt von *Blau-Weiß*, *Labor-Gesher* und der *Demokratischen Union* konnten die nötige Mehrheit von 61 Mandaten erlangen.**

Dies bedeutet, dass sowohl die *Vereinte Liste* als auch Avigdor Lieberman (*Israel Beiteinu*) das Zünglein an der Waage spielen. Letzterer hatte bereits im Vorfeld der Wahlen angekündigt, eine große Koalition mit dem *Likud* und *Blau-Weiß* anzustreben. Dieser Vorschlag stieß jedoch bei *Blau-Weiß* auf Widerstand. Sondierungsgespräche zwischen den beiden Parteien verliefen erfolglos, nachdem sich beide nicht darauf einigen konnten, wer im Rahmen eines Rotationsprinzips als erstes den Premierminister stellen würde. Darüber hinaus bestand Netanjahu darauf, geschlossen mit seinem Block rechter und religiöser Parteien in das Bündnis einzutreten. Gantz, der sich wiederum

zu einer liberalen, säkularen Koalition verpflichtet hatte, lehnte eine Koalition mit dem *Likud* grundsätzlich ab, solange Netanjahu weiterhin die Parteiführung sowie das Amt des Premierministers innehaben würde.

Kurzzeitig sah es danach aus, als gebe die *Vereinte Arabische Liste* einer Amtsübernahme durch Benny Gantz ihren Segen. Zehn der dreizehn Knessetabgeordneten sprachen sich für eine Regierung unter *Blau-Weiß* aus, wenn diese die Mindestanforderungen der arabischen Liste (Zugeständnisse im Friedensprozess, Berücksichtigung der Interessen der arabischen Bevölkerung in Israel und Änderungen am umstrittenen Nationalitätsgesetz) umsetzen würde. Dies hätte eine entscheidende Wende in der israelischen Politik bedeutet. Erstmals seit 27 Jahren würden arabische Parteien in Israel den Kandidaten einer jüdischen Partei für das Amt des Ministerpräsidenten empfehlen. Zuletzt war dies im Jahr 1992 geschehen, als die arabischen Parteien Izchak Rabin von der Arbeitspartei zu Beginn des Friedensprozesses mit den Palästinensern unterstützt hatte. Doch die Hoffnung schwand schnell: Nur einen Tag später stellte *Balad*, einer der vier Parteien im arabischen Bündnis klar, dass sie die Empfehlung für Gantz nicht mittragen wolle.

So kam es, dass Staatspräsident Rivlin am 25. September dem seit 2009 amtierenden Benjamin Netanjahu die Aufgabe der Regierungsbildung erteilte. Da der amtierende Premier und seine Bündnispartner bislang nur eine Mehrheit von 55 Sitzen in der Knesset hatten, folgten weitere Sondierungsgespräche mit Avigdor Lieberman, die jedoch erfolglos endeten. **Schließlich musste Netanjahu am 22. Oktober seine Niederlage einräumen und das Mandat der Regierungsbildung an Oppositionsführer Benny Gantz übergeben.**

Doch auch Gantz schaffte es nicht, innerhalb von 28 Tagen eine mehrheitsfähige Koalition zu bilden. Nachdem Avigdor Lieberman bereits Netanjahu die nötige Unterstützung bei der Regierungsbildung verwehrt hatte, stellte er sich ebenfalls gegen die Möglichkeit einer Mitte-Links Minderheitsregierung mit Unterstützung der *Vereinten Arabischen Liste*. **Nur wenige Stunde vor Ablauf der Frist gab Gantz seinen Regierungsauftrag an Staatspräsident Rivlin zurück.**

Was nun kommt, stellt für Israel eine Zäsur dar. **In einem letzten Versuch, eine dritte Parlamentswahl binnen eines Jahres abzuwehren, hat nun jede(r) Abgeordnete der Knesset die Möglichkeit, innerhalb 21 Tagen (also bis zum 11. Dezember) eine Mehrheit von 61 der insgesamt 120 Knessetmitglieder für eine Regierungsbildung hinter sich zu versammeln.** Sollte dies tatsächlich gelingen, würde die oder derjenige zum designierten Premierminister ernannt werden und binnen 14 Tagen eine neue Regierung bilden müssen. Wirklich realistisch sind dabei allerdings nur zwei Optionen. Einerseits könnte es einen Führungswechsel an der Spitze des *Likud* geben. Bei Vorwahlen im Dezember könnte ein Mitglied der Partei Netanjahu den Führungsanspruch streitig machen. Mit einer neuen Person an der Spitze des *Likud* wäre *Blau-Weiß* womöglich doch noch für eine große Koalition zu überzeugen. Alternativ könnten sowohl Netanjahu, Gantz, Lieberman, als auch Aryeh Deri (*Shas*) versuchen, in erneuten Gesprächen eine Mehrheit hinter sich zu bringen, immer mit dem Argument, eine dritte Wahl vermeiden zu wollen.

In Israel glauben derweil wenige Beobachter daran, dass eine Regierung innerhalb der gesetzten Frist tatsächlich zustande kommt. Somit zeichnet sich im Land eine dritte Parlamentswahl binnen eines Jahres ab. **Diese würde voraussichtlich am 17. März 2020 stattfinden.**

Premierminister Netanjahus Anklage und Immunität

Die aktuellen Entwicklungen im Strafverfolgungsprozess gegen Netanjahu vergrößern die Komplexität der politischen Lage Israels zusätzlich. Mit der Aussicht einer drohenden Anklage in drei Punkten hatte Netanjahu seine Regierung im Dezember 2018 vorzeitig aufgekündigt und die Neuwahlen auf den April 2019 vorgezogen. Das angestrebte Ziel des Premierministers war dabei, weitere Gesetzesvorhaben zur Stärkung seiner Immunität durch eine stabile Regierungsmehrheit durchzusetzen. Mit der Auflösung der Knesset im April und den folgenden Neuwahlen im September, blieb dieses Vorhaben dem *Likud* jedoch bis auf weiteres verwehrt. Ohne eine stabile Regierungsmehrheit hat die Partei ebenso keine Möglichkeit mehr, Eingriffe des Obersten Gerichtshofes zu verhindern.

Netanjahu war im letzten Jahr durch den israelischen Generalstaatsanwalt Mandelblit unter Vorbehalt wegen Bestechung, Untreue und Betrug angeklagt worden. Am 2. und 3. Oktober fand die erste Anhörung statt. Der Premier bestritt stets die gegen ihn erhobenen Vorwürfe und sprach von einer politisch motivierten „Hexenjagd“.

Gleichwohl verkündete Generalstaatsanwalt Mandelblit am 21. November, dass er offiziell Anklage gegen den amtierenden Premierminister erheben werde. Nun hat Netanjahu 30 Tage Zeit, um beim Parlament Immunität vor Strafverfolgung zu beantragen. Sollte sich binnen dieser Tage keine funktionierende Regierung respektive Knesset formieren, würde das Verfahren gegen ihn höchstwahrscheinlich zunächst eingestellt und erst dann fortgesetzt werden, wenn eine neue Knesset das Immunitätsgesuch Netanjahus prüfen kann.

Für Bestechung drohen im Fall einer Verurteilung rund 10 Jahre Haft. Betrug und Veruntreuung werden in Israel mit bis zu 3 Jahren bestraft. Allerdings muss der Premier laut israelischen Gesetz bei einer Anklage nicht zurücktreten. Eine Amtsniederlegung ist erst bei einer rechtskräftigen Verurteilung zwingend notwendig. Netanjahu selbst hatte bereits über die letzten Monate hinweg mehrfach verkündet, auch im Falle einer offiziellen Anklage nicht zurücktreten zu wollen.

Der US-amerikanische Friedensplan

Vor dem Hintergrund der Neuwahlen in Israel hat die Trump-Administration die Vorstellung ihres langerwarteten Friedensplans vorerst auf Eis gelegt. Der wirtschaftliche Teil des zwei Komponenten umfassenden Plans wurde am 25. und 26. Juni auf einer Wirtschaftskonferenz in Manama (Bahrain) vorgestellt. Im August verkündete die US-Administration, dass die politische Komponente des Plans jedoch erst nach den israelischen Knessetwahlen bekannt gegeben würde – unmittelbar nach der Bildung einer neuen israelischen Regierung. Dies wird sich jedoch voraussichtlich jedoch bis Sommer 2020 hinziehen. Dann wird allerdings der US-Wahlkampf für die Präsidentschaftswahlen 2020 bereits auf Hochtouren laufen, was die Veröffentlichung des Planes zusätzlich deutlich hinauszögern könnte.

Warum Neuwahlen? Die Krise der Koalitionsbildung: Religion und Staat

Ausschlaggebend für die Krise der Koalitionsbildung und die darauffolgende Auflösung der Knesset im Mai war ein Konflikt zwischen den Hauptkoalitionspartnern des Likud, den ultraorthodoxen Parteien und der säkular-nationalistischen Israel Beiteinu unter der Führung Avigdor Liebermanns. Ein Zusammenschluss des Likud mit beiden Parteien wäre jedoch notwendig gewesen, um eine mehrheitsfähige Koalition zu bilden. Dennoch scheiterten die Verhandlungen an einer Grundsatzdebatte über die geplante Einberufung ultraorthodoxer Juden zur Wehrpflicht. *Israel Beiteinu* Parteivorsitzende Liebermann forderte ein Ende der Ausnahmeregelung für Jeschiwa Schüler, die ultraorthodoxen Parteien hielten dagegen.

Unter der aktuellen Gesetzgebung sind alle israelischen Bürger zum Wehrdienst verpflichtet, mit Ausnahme von arabisch-israelischen Staatsbürgern sowie Schülern der Jeschiwa. Im September 2017 erklärte Israels Oberster Gerichtshof diese Regelung für diskriminierend und verfassungswidrig. Das Oberste Gericht ordnete an, dass die israelische Regierung ein neues Gesetz zu erarbeiten habe, welches die Jeschiwa gleichermaßen wie alle anderen israelischen Bürger behandeln solle. Daraufhin entfachte im Dezember 2018 eine Diskussion über einen von Liebermann eingebrachten Gesetzentwurf zur Neuregelung der Wehrpflicht. Demnach sollten Jeschiwa Schulen jährliche Quoten zur Einberufung ultra-orthodoxer Männer vorgeschrieben werden. Bei Verstößen würden die Schulen mit Bußgeldern sanktioniert. Die hitzige Diskussion um diesen Gesetzentwurf wurde als offizieller Grund für die Auflösung der Knesset und die daraufhin vorgezogenen Wahlen angeführt.

In einer Mitteilung vom 29. Mai machte Premierminister Netanjahu Avigdor Liebermann allein für die gescheiterte Regierungsbildung verantwortlich. Der Parteivorsitzende, so Netanjahu, habe den Abbruch der Koalitionsverhandlungen durch seine Kompromisslosigkeit bewusst herbeigeführt. Liebermann konterte und beschuldigte indes Netanjahu für das Scheitern der Verhandlungen.